

## Ein Antwortmail der Grünen auf die vielen Anfragen

Dieses stammt vom 25.01.2021

Betreff: Re: Zwangseinbau von Smartmetern  
Datum: Mon, 25 Jan 2021 16:05:09 +0100 (CET)  
Von: [bundesbuero@gruene.at](mailto:bundesbuero@gruene.at)  
An: XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Sehr geehrter Herr xxxxxxxxxx

Wir versichern Ihnen, dass wir Ihre Sorgen betreffend Smart Meter selbstverständlich nachvollziehen können und ernst nehmen. Der im Jänner 2019 veröffentlichte Rechnungshof-Bericht über seine Prüfung von 2017 zur Smart-Meter-Einführung im Zeitraum 2006-2017 hat bereits viele bis 2017 von den Grünen in Anträgen, Anfragen und Medienbeiträgen geäußerte Kritikpunkte zur konkreten Art und Weise der Smart-Meter-Einführung in Österreich bestätigt. Die Grünen hatten 2013 überhaupt erst dafür gesorgt, dass im Gesetz eine Opt-Out-Möglichkeit verankert wurde.

Wir Grüne treten demgegenüber vor dem Hintergrund der Fakten und des Rechnungshofberichts klar ein

- für transparente und nachvollziehbare Grundlagen
- gegen Kostensteigerungen für Konsument\*innen (keine Erhöhung der Messentgelte)
- gegen jede Verfilzung personeller und/oder finanzieller Natur im Umfeld der Implementierung
- für die Berücksichtigung der berechtigten Kritikpunkte
- für EU-rechtskonforme Regelung der Opt-Out-Frage (eine Deaktivierung der Datenfunktion reicht nicht aus, Anspruch auf herkömmliche Stromzähler muss gewährleistet sein)
- für Stromkundinnen und -kunden ohne Zwangsumstellung
- für das Vorsorgeprinzip und einen aktiven Gesundheitsschutz auf Basis von nachvollziehbaren Messungen und Studienergebnissen
- für die Einbindung von Konsumentenschutz und Datenschutz, Informations- und Berichtspflichten. Eine Deaktivierung muss für die Konsument\*innen klar vor Ort ersichtlich und kontrollierbar sein.
- dafür, dass Messergebnisse für Kunden vor Ort ohne Onlinedaten auch in Echtzeit verfügbar sein sollen (z.B. standardisierte Hardwareschnittstelle).

Wir verweisen auf die Schlussempfehlungen des Rechnungshofes ab S.117 des vorliegenden Berichtes und nehmen die Empfehlungen des Rechnungshofes sehr ernst. Viele Bedenken, die wir in der Vergangenheit in zahlreichen parlamentarischen Materialien geäußert haben, wurden im Bericht aufgegriffen und einige Punkte und Maßnahmen wurden bereits umgesetzt.

Wir versichern Ihnen, dass wir hier selbstverständlich dran bleiben.  
Mit freundlichen Grüßen,

Sophia Schubert

---

Bundesbüro  
**DIE GRÜNEN - DIE GRÜNE ALTERNATIVE**  
Bundespartei, Würtzlerstraße 3/3, 1030 Wien  
[gruene.at](http://gruene.at)

## Antwort der Grünen auf die Anfrage zu Smart Meter vor der Nationalratswahl im September 2019

**From:** [Dialogbüro des grünenParlamentsklubs](#)

**Sent:** September xxxx

Der im Jänner 2019 veröffentlichte Rechnungshof-Bericht über seine Prüfung von 2017 zur Smart-Meter-Einführung im Zeitraum 2006-2017 hat viele bereits bis 2017 von den Grünen in Anträgen, Anfragen und Medienbeiträgen geäußerte Kritikpunkte zur konkreten Art und Weise der Smart-Meter-Einführung in Österreich bestätigt. Die Grünen hatten auch 2013 überhaupt erst dafür gesorgt, dass im Gesetz eine Opt-Out-Möglichkeit verankert wurde, die dann von Wirtschaftsministerium und E-Control auf Verhandlungsebene gesetzwidrig umgesetzt und damit hintertrieben wurden. Einige Kritikpunkte und Hintergründe, ausformuliert von unserem Klubobmann im Parlament bis 2017, finden Sie unter

<https://albertsteinhauser.at/2015/07/24/wie-das-opt-out-beim-smart-meter-unterlaufen-wird-und-warum-das-gesetzlich-nicht-gedeckt-ist/>

und

<https://albertsteinhauser.at/2015/11/02/alles-was-ich-zum-intelligenten-zaehler-smart-meter-wissen-muss/>

Für uns waren neben den mangelhaften Opt-Out-Optionen immer die haltlosen Angaben zu den Kosten und zur Kostentragung, die nachweislich mangelhafte Messgenauigkeit sowie die von den Betreibern der Einführung gänzlich ignorierten Datensicherheits- und Privatsphäre-Aspekte zentrale Themen, weiters auch der mangelhafte Umgang mit dem Thema Gesundheitsschutz im Hinblick auf die Zwangs-Ausrüstung fast aller Haushalte mit Funkantennen.

Unsere Datenschutzbedenken und mögliche Lösungsansätze hatten wir wie folgt zusammengefasst:

"Der Schutz der VerbraucherInnendaten hat absoluten Vorrang bei der Umsetzung. Datenmissbrauch muss technisch verhindert werden. Spezielle NutzerInnenprofile für den berechtigten Zugang zu den Daten müssen klar definiert werden.

**Weniger ist mehr!** Es sollen möglichst wenige Daten aufgezeichnet und gespeichert werden. Das Stromablesen sollte auf das Mindestmaß reduziert werden, damit andernfalls keine Rückschlüsse auf das Verhalten der VerbraucherInnen gezogen werden können.

**Klarer Zweck.** Die VerbraucherInnendaten müssen einer strikten Zweckbindung unterliegen – z.B. Abrechnungsdaten dürfen nur für die Erstellung der Abrechnung verarbeitet werden.

**Meine Optionen.** Wer mehr Informationen über seinen Energieverbrauch gespeichert haben will, soll sich bewusst dafür entscheiden können. Wer das nicht will, soll dazu nicht gezwungen werden können. Die Opt-Out-Regelung sollen die KundInnen selbstständig am Gerät schalten können, ohne Fernschaltungs-Möglichkeit.

**Volle Transparenz.** VerbraucherInnen müssen darüber bestimmen können, ob und wie gespeicherte Daten verwendet und verarbeitet werden dürfen. Dazu ist weitgehende Transparenz Voraussetzung. Denn VerbraucherInnen müssen Daten löschen und korrigieren können.

**Sicherheit wahren.** So wie auch die Niederlande bereits die Fernabschaltung deinstalliert haben, soll dies auch in Österreich geschehen.

**Keine Stromabschaltungen.** Im Jahr 2019 darf niemandem der Strom abgedreht werden. Strom ist ein Grundbedürfnis wie Wasser und muss rund um die Uhr zur Verfügung stehen.

**Volle Information** für die KundInnen vor Ort. Klar ablesbare Daten vor Ort, bei Bedarf auch über Wohndisplays, oder Handy-Apps."

Auch wenn direkte oder indirekte Vorteile solcher Geräte für die Netzbetreiber und punktuell auch für an Spezialfragen (genauer Tagesgang des Energieverbrauchs u.dgl., Hinweis auf Einsparpotenziale) interessierte Stromkunden nicht von der Hand zu weisen sind, sind die meisten Aspekte, in denen Österreich bei der Smart-Meter-Einführung die EU-Vorgaben übererfüllen wollte und will, nicht sachlich nachvollziehbar.

Ob dahinter Freunderlwirtschaft oder Korruption steckt oder einfach die Arroganz eines Sektors, der sich immer noch teilweise als Staat im Staat fühlt (darauf deutet zB die eher unverfrorene, tendenziöse

Falschinformation von Politik und Öffentlichkeit über die EU-seitig bestehenden rechtlichen Spielräume durch die Zuständigen hin), wird politisch und gegebenenfalls auch gerichtlich zu durchleuchten sein.

Dass dies bisher nicht im nötig Ausmaß erfolgt ist, ist ein deutliches Zeichen, dass es starke Grüne als Motor für saubere Politik im Parlament braucht.

Wir möchten erwähnen, dass gerade die ÖVP, deren Vertreter für die rechtliche und praktische Gestaltung der Smart-Meter-Einführung in Österreich verantwortlich waren und weiterhin sind, sonst bei jeder Gelegenheit gegen Übererfüllung von EU-Vorgaben ("Gold Plating") wettet, auch bei Umwelt- und Gesundheitsschutzthemen, wo derlei also den Bürgerinnen und Bürgern und ihrer Lebensqualität zugute käme. Hier, wo die Stromkunden absehbar den auch finanziellen Schaden aus dem Übereifer und den unscharfen Argumenten der Energiebeamten im Wirtschafts- und jetzt im Nachhaltigkeitsministerium sowie der Energie-Control-Spitze haben, hört man kein Sterbenswörtchen von der ÖVP zu dieser unnötigen "Fleißaufgabe"!

Wir Grüne treten demgegenüber vor dem Hintergrund der Fakten und des Rechnungshofberichts klar

- für transparente und nachvollziehbare Grundlagen solch weitreichender Entscheidungen,
- gegen jede Verfilzung personeller und/oder finanzieller Natur im Umfeld derartiger Abläufe,
- für die Berücksichtigung der berechtigten Kritikpunkte und natürlich
- für EU-rechtskonforme Regelung der Opt-Out-Frage für Stromkundinnen und -kunden ohne Zwangsumstellung

ein.

Ein Moratorium bei der weiteren Ausrollung, bis eine seriöse, unabhängige und transparente Analyse der Kosten und Risiken durchgeführt wurde, schiene uns in diesem Sinn angemessen.

Eine echte Wahlmöglichkeit für die Stromkundinnen und Stromkunden ist wegen der erwähnten Kritikpunkte, aber auch wegen der absehbar nicht haltbaren Versprechen der Stromkonzerne betreffend die angeblichen Nicht-Mehrkosten der Umstellung für die Kundinnen und Kunden dringend anzuraten.

Mit Dank für Ihren Einsatz und besten Grüßen

vom Team des Dialogbüros

---

DRAN BLEIBEN - GRÜNE INFOS FÜR SIE! Wir freuen uns, wenn Sie weitere Informationen über die Aktivitäten der Grünen erhalten wollen. Schreiben Sie uns und bleiben Sie in Kontakt mit uns.

**DIALOGBÜRO - DIE GRÜNEN**

Würtzlerstraße 3, 1030 Wien. Österreich

**[GRUENE.AT](http://GRUENE.AT)**